

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Herbergasse 2) und auswärts bei allen königl. Postanstalten angenommen.

Danziger Zeitung.



(W.L.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Kiel, 30. August. Die Corvette "Nymphe" ist mit entlassenen Mannschaften nach Swinemünde abgegangen. Die "Grille" ist zur Disposition des Prinzen Friedrich Carl gestellt worden.

Wien, 29. August. (Schl. Btg.) Ursache der Unterbrechung der Conferenz war die Unvollständigkeit der dänischen Vorlagen. Österreich und Preußen verlangen die Rückrestaltung des im Jahre 1713 nach Kopenhagen gebrachten Gottorp'schen Archivs.

New-York, 18. August. (22. Austra.) [Köln. Btg.] Zwei Gran'sche Armeecorps gingen über den Jamesfluss zurück, überrumpelten die Conföderierten, nahmen sieben Kanonen und 500 Gefangene und occupirten Dutch Gap, sechs Meilen von Richmond. Der Conföderierten General Early avancirt, nachdem er Verstärkungen erhalten, gegen den sich bei Winchester verschanzenden General Sheridan. General Farragut bestätigt die Berichte über Mobile. Die Bundesstruppen bombardiren Fort Morgan. Der Conföderierten-General Wheeler hat Dalton angegriffen, ist jedoch zurückgeschlagen worden.

Politische Uebersicht

Verschiedene auswärtige Zeitungen wußten vor einigen Tagen davon zu erzählen, daß in diesem Jahre 20 Millionen Ueberschüsse zu erwarten wären. Man hat diese Nachricht, welche zuerst in der "Augsb. Allg. Btg." austrat, auch in Preußen zu lesen bekommen; aber freilich nicht mit derselben Gläubigkeit aufgenommen, wie die Redaction der Augsburger. Selbst die feudale Correspondenz hält es für nöthig, dieser Nachricht entgegenzutreten. Sie sagt ganz richtig, es wäre jetzt noch gar nicht möglich, eine Uebersicht über die Ueberschüsse zu haben und der Herr Finanzminister habe sich bis jetzt auch noch gar nicht mit der Ermittlung des Ueberschusses beschäftigt. Allerdings seien sehr günstige Berichte über die bisherigen Ergebnisse der Steuern eingelaufen und man dürfe wohl Ueberschüsse erwarten. Uebrigens meint die feudale Correspondenz, es würde schwerlich nöthig sein, sich "auf diese zu verlassen". Wenn von Deckung der Kriegskosten aus Ueberschüssen die Rede sei, so werden hiermit "zunächst wohl nur die Ueberschüsse von 1862 und 1863" gemeint.

Bei dieser Gelegenheit bespricht das feudale Organ zugleich die Frage, ob es nöthig sei, den Landtag bald einzuberufen. Dasselbe hält diese Frage für ganz überflüssig. Welcher Grund — sagt es — sollte denn vorliegen, um die Abgeordneten zeitiger, als die Verfassung es verlangt, zu versammeln? Das Budget von 1864 ist, den extraordinairen Verhältnissen entsprechend, in welche der eigenthümliche Standpunkt der Opposition die Budgetfrage gebracht hat, geregt worden und die Administration nimmt ihren guten ungesegneten Lauf. Es liegt keineswegs die Absicht vor, wegen des Budgets von 1864 noch einmal mit dem Abgeordnetenhaus zu verhandeln. Unter gegenwärtigen Umständen, wo sich tatsächlich der Beweis wiederholt, daß die Regierung nur trotz der Kammer-Majorität, nicht mit ihr große Thaten verrichten könne, wäre die vorzeitige Versammlung des Landtages nichts weiter, als die leicht entehrliche Wiederholung einer Probe, deren Ergebnis ja aus früheren Erfahrungen bereits hinlänglich feststeht. Die Regierung handelt und bringt hierdurch eine gesundere Stimmung im Volle hervor."

Also ist die Stimmung — wie es scheint — immer noch nicht richtig genug, trotzdem daß die liberalen Parteien schon

Polenprozeß.

* Berlin. Sitzung vom 29. August. (Schl. Btg.) Auf Erfordern des Präsidenten formulirt der Vertheidiger des Ang. Ruseko, R.-A. Janecki, die von ihm im Laufe der Vernehmung des Ang. gestellten Beweisanträge. Vor der Gerichtshof über diese Anträge in Verathung tritt, erhält noch einmal das Wort der Ang. Ruseko: Nachdem ich, wie ich glaube, meine Unschuld in Beziehung auf das mir zur Last gelegte Verbrechen dargethan habe, muß ich das Wort in einer persönlichen Angelegenheit ergreifen. Die Königl. Staatsanwaltschaft hat, ich weiß nicht, aus welchem Grunde, meine Ehre, meine Würde angegriffen, deren Vertheidigung ich mir und meinen Leidensgenossen, die mich mit ihrer Freundschaft beeindruckt, gegenüber schuldig bin. Nicht genug, daß man mich auf Grund von Verdächtigungen eingekerkert hat — es wird dies wohl seine Eilläufigkeit finden in den Rücksichten auf das Staatsinteresse — nicht genug, daß ich 16 Monate meiner Freiheit beraubt bin, es muß auch noch die R. Staatsanwaltschaft auftreten, um meinen Namen mit Schmach zu bedecken, indem sie behauptet, daß ich ein Schmeicher der grafschaftlichen Eitelkeit wäre. Hat der Verfasser der Anklage mich geläufig? Nein! Die Schriften und Briefe, dem hohen Gerichtshofe vorgelesen; ist es möglich, daraus Veranlassung zu einem solchen Ausspruche zu nehmen? Was könnte eigentlich die Staatsanwaltschaft veranlassen, einen ihr ganz unbekannten Menschen zu verleumden, der aus seinem schweren Leben nichts weiter gerettet hat, als seinen ehrlichen Namen? — Der Präsident unterbricht den Angeklagten mit der Bemerkung, daß der Ausdruck "verleumden" nicht passend sei. — Ang.: Ich habe die Bezeichnung als Schmeicher eine Verleumdung genannt. Die Staatsanwaltschaft wird zugeben müssen, daß, wenn ich den Weg eines Schmeichlers gegangen wäre, ich gegenwärtig nicht auf der Anklagebank säße. — Hierauf zieht der Gerichtshof sich zur Berathung über die Anträge der Vertheidigung zurück und beschließt nur in zwei Punkten den Anträgen statt zu geben, nämlich einen Zeugen in Paris commissarisch über die Entstehung einer Notiz in der Brieftasche vernehmen zu lassen und 2) das Polizei-Präsidium zu Posen zur Uebersezung der daselbst befindlichen Papiere des Angeklagten aufzufordern.

mehr als einmal als Leichen proclamirt sind, denen nichts weiter nöthig wäre, als ein anständiges officielles Begräbniß. Nun, wir haben uns an dieses Gerede schon gewöhnt. Wunderbarer bleibt es, daß gerade die Kreuzzeitungsgesellschaft immer auf die "Handlungen der Regierung trotz der Kammermajorität" zurückkommt. Gerade was die feudale Partei in der schleswig-holsteinischen Frage gewollt hat, ist nicht geschehen, vielmehr das Programm des Abgeordnetenhauses durchgeführt; auch in der Finanzfrage hat sich die Meinung des Abgeordnetenhauses, daß es zu diesem Kriege keiner kostspieligen und das Land belastenden Anleihe bedürfe, das vielmehr die vorhandenen Mittel vollständig ausreichten, als durchaus zutreffend bewährt und das Gescheit der feudalen Organe von "Landesverrat" re. als ein unsinniges — und doch soll Alles trotz der Kammermajorität geschehen sein? Freilich eines ist geschehen trotz der Kammermajorität: die intime Verbbindung mit Österreich. Doch über diesen Punkt sind die Aeten noch nicht geschlossen. Wir wollen erst abwarten, welche Vortheile Preußen aus dieser Intimität erwachsen werden. —

Man hat in den letzten Tagen sich vielfach mit der Frage beschäftigt, was Herrn v. Bismarck wohl nach München geführt haben könnte. Der Telegraph berichtete nur, der preußische und der bayrische Ministerpräsident hätten viel und lang mit einander gesprochen — aber das war auch Alles. Inzwischen äußert sich die feudale Correspondenz darüber folgendermaßen: "Herr v. Bismarck hat bei seinem Aufenthalt in München nicht den Zweck verfolgt, Verhandlungen mit dem bayrischen Cabinet anzuknüpfen. Es haben wohl Besprechungen stattgefunden, aber keine Negotiationen. Das Stadium der letzteren ist abgeschlossen, neue Offerten werden von Seiten Preußens den Mittelstaaten, welche dem neu konstruierten Bölkverein noch nicht beigetreten sind, nicht gemacht."

Ob eine Zusammenkunft des Kaisers Napoleon III. und des Königs von Preußen stattfinden werde, ist immer noch nicht sicher. Eine Pariser Correspondenz der "Hamb. Nachr." bespricht diese Angelegenheit ausführlicher. Schon seit zwei Monaten sei dieselbe auf der Tagesordnung, taucht auf und verschwindet wieder. Herr v. Bismarck wünsche eine solche Zusammenkunft und es sei noch vorige Woche darüber verhandelt. Indes scheine König Wilhelm die Zusammenkunft nicht zu wünschen.

Herr Reinke aus Altona scheint doch nicht nach Wien als zweiter Repräsentant der Interessen der Herzogthümer berufen zu sein. Wenngleich telegraphirt man darüber der "Schles. Btg." Folgendes: "Auf die Proposition des Grafen Rechberg, Herrn Reinke nach Wien zu berufen, hat Herr v. Bismarck bemerkt, als ehemaliger Vicepräsident der holsteinischen Ständeversammlung wäre er nicht die geeignete Persönlichkeit." Also Herr v. Scheel-Plessen, der große dänische Grundbesitzer, der Christian IX. den Huldigungssieg leistete, wäre wirklich geeigneter?

Die Denkschrift, in welcher Herzog Friedrich VIII. auf Verlangen des Bundestages seine Ansprüche auf den schleswig-holsteinischen Thron auseinandersetzt, ist vor Kurzem mit allen nothwendigen Belägen nach Frankfurt geschickt worden, doch scheint es, als ob die Güte, welche man gehabt hat, diese Ausarbeitung zu vollenden, nicht nothwendig gewesen wäre, denn die Rechtfertigungsschrift der oldenburgischen Ansprüche ist noch nicht fertig und wird auch wohl noch geraume Zeit auf sich warten lassen. Das ist auch natürlich, denn die Vertheidiger der Candidatur des Großherzogs von Olden-

Sitzung vom 30. August. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten Büchtemann werden noch einige Schriftstücke verlesen und erfolgt die Vernehmung des früheren Polizei-Diätar, jetzigen Bürgermeisters a. D. zu Strasburg in Westpreußen A. Borchert, welcher mit einem Theile der Haussuchung beim Grafen Dzialynski beauftragt gewesen ist. Der Beuge befindet, daß er die Bibliothek des Grafen untersucht und dort namentlich unter vielen Papieren, Büchern &c. eine Rechnung über gekaufte Pistolen und Revolver gefunden habe. Durch Vernehmung dieses Beugen stellt sich die Angabe des Ang. Ruseko und die von ihm überreichte Zeichnung, wonach eine directe Verbindung zwischen dem Bimmer des Angeklagten und des Grafen nicht bestanden habe, als richtig heraus. — Der nächste Ang., Julian Xaver Lukaszewski, ist flüchtig und es wird deshalb zur Vernehmung des Ang. Wladislaus Smisniewicz übergegangen. Derselbe ist 1838 zu Schroda geboren, der Sohn eines dortigen Ackerbürgers, hat seine Schulbildung auf dem Gymnasium zu Trzemeszno erhalten und demnächst in Breslau die Naturwissenschaften studirt. Die Auflage beschuldigt ihn, daß er im Februar 1863, als der Ang. Lukaszewski, den die Auflage als ein hervorragendes Mitglied des Vereins der polnischen Jugend bezeichnet, Berlin verließ, dessen Vertretung für die Bevorzugung der revolutionären Agentur in Berlin übernommen habe. Die Auflage sagt, daß Lukaszewski bei seiner Abreise von Berlin die Weisung zurückgelassen, es würde ein Herr eintreffen, diesem möge man seine Stube überlassen und die für ihn eingehenden Briefe einhändig. Smisniewicz habe sich auch darauf gemeldet und einen für Lukaszewski aus London eingehenden Brief in Empfang genommen. Unmittelbar darauf erfolgte seine Verhaftung. Hierbei wurde ein Bettel bei ihm vorgefunden, folgenden Inhalts: "Vorzeiger dieses Schreibens wird mein Stellvertreter sein, bis ich zurückkehre. Du also, mein Stanislaus, bist Deiner Stellung vollständig entbunden. Unterweise ihn, was nöthig ist. Lukas," und auf der Rückseite: "Vorzeiger dieses Schreibens empfehle ich, wie mich selbst, dem gehörten Abgeordneten Lukas." Der Ang. erklärt, er sei nach Berlin gekommen und wie das unter Studenten Sitte sei, zu seinem Bekannten Lukaszewski gegangen. Er habe denselben aber nicht mehr angetroffen. Was er damals der Wirthin des Ang. gesagt, wisse er nicht mehr, da es zu unbedeutend gewesen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Metzner, in Leipzig: Illgen & Sohn, G. Engler, in Hamburg: Haesenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jägerle, in Elbing: Neumann-Hartmanns Buchdruck.

denburg haben größere Mühe, eine solche Rechtfertigung zusammenzustellen, als die Vertheidiger des Herzogs Friedrich, da letztere nur einfach das vorhandene Material zusammenzustellen zu brauchen, ohne zu künstlichen Deductionen ihre Bußfahrt nehmen zu müssen.

Die dänische Regierung hat den Wunsch geäußert, daß die Bewohner Nordschleswigs, welche dänischer Nationalität sind, ihre dänische Kirchen- und Schulsprache beibehalten sollen, was ihnen nach der "Reeuziga" von den alliierten Mächten gewährt worden ist, da diese nicht eine gleiche Unterstützung üben werden, als um derentwillen sie die Waffen ergriffen.

Deutschland.

Berlin, 30. August. Der König hat sich gestern von Kempten nach der Insel Mainau im Bodensee begeben und wird von dort aus morgen die Reise nach Baden-Baden fortsetzen. Die Nachricht, daß der König zum Empfang des Kaisers Alexander von Russland am 5. September von Baden-Baden nach Potsdam kommen werde, wird widerrennen. — Der "C.S." zufolge ist die "Gazette" von Singapore abgegangen und dürfte in diesem Augenblick bereits das Cap der guten Hoffnung angelaufen haben. Was die beiden in Frankreich angelauften Schiffe betrifft, so sind die von der französischen Regierung eroberten Schwierigkeiten noch nicht gelöst und man meint, daß der Kriegsminister v. Roos den Auftrag hat, diese Angelegenheit mit der französischen Regierung zu regeln.

Durch Ministerial-Befreiung ist neuerdings bestimmt worden, daß fortan zur Vermeidung von Doppelsteuerungen bei allen in der Form von Einkommenssteuern oder Zuschlägen zur Staats-Einkommenssteuer zu erhebenden Provinzial-, Kreis- oder ländlichen Communalsteuern jedenfalls das außerhalb des Kreises, resp. der Gemeinde des Wohnsitzes der Steuerpflichtigen belegene Grundgericht außer Berechnung bleiben soll.

Lord Dudley, welcher mit Genehmigung des Königs in der Provinz Preußen eine Jagd auf Eltern abgehalten, hat zwei dieser Thiere erlegt und ist am Sonntag früh mit deren Haut und Kopf nach Berlin zurückgekehrt; er wird schon heute die Altkreise nach London forschen.

Der Nestor deutscher Philologen, August Boeck, ist gegenwärtig mit einer bedeutenden gelehrten Arbeit, welche die Astronomie der Alten zum Gegenstande hat, eifrig beschäftigt. Boeck ist im 79. Jahre seines thätigen, der Wissenschaft geweihten Lebens und hat erst jüngst den Tag begangen, an welchem er vor 50 Jahren Mitglied unserer Academie der Wissenschaften geworden. Unserer Universität gehört er beinahe seit deren Stiftung, nämlich seit 1811, an.

(B. B. B.) An 1000 Pferde des Garde-Artillerie-Regts., welche durch die Demobilisirung des Regiments entbehrlieb werden, kommen in den nächsten Tagen hier zur öffentlichen Versteigerung. Wie es mitgetheilt wird, daß man am Sonnabend in Magdeburg bei einer gleichen Versteigerung die Pferde durchschnittlich mit 70—80 Thlr. Verlust loszuschlagen müssen.

Nach einer amtlichen Vertheilung waren im Monat Juli die durchschnittlichen Fleischpreise hier in Berlin: für 1 Pfund Rindfleisch 4 Sgr. 9 Pf., für 1 Pfund Schweinefleisch 4 Sgr. 9 Pf., für 1 Pfund Hammelfleisch 3 Sgr. 9 Pf. und für 1 Pfund Kalbfleisch 4 Sgr. Da in vielen Haushaltungen aus Furcht vor der Fleischentzehrung kein Schweinefleisch u. s. w. mehr auf den Tisch kommt, so ist dieses zwar in Folge der vermindernden Nachfrage im Preise gesunken, dafür aber das andere Fleisch, namentlich auch das Geflügel, im Preise gestiegen.

Breslau, 28. August. (Bresl. Btg.) [Schlesischer Central-Gewerbeverein.] In der gestern unter dem Vorsitz des Herrn Verghauptmann Dr. v. Carnall abgehaltenen Ausschuss-Sitzung gelangte u. A. zur Verhandlung: W. Bauers Project für Herstellung von unterseeischen Kriegs-

Als Bevollmächtigter des L. habe er sich nicht ausgegeben, weil er es nicht gewesen sei. Der von L. geschriebene Bettel, obwohl er bei ihm vorgefunden worden, sei doch nicht für ihn bestimmt gewesen. Präf.: Sie führen doch eine große Summe Geldes, 1546 R. bei sich, als Sie hier eintrafen. Ang.: Das Geld habe ich bei meiner Anwesenheit in Polen als Unterstützung zur Vollendung meiner Studien erhalten. — Präf.: Sie haben aber einen von London aus an Lukaszewski eingetroffenen Brief erbrochen. Dies deutet doch darauf hin, daß Sie mit einer Vollmacht versehen gewesen sind. Ang.: Die Erbreitung dieses Briefes ist entweder aus Versehen, oder aus dem Grunde erfolgt, weil ich mich durch meine Bekanntschaft mit Lukaszewski dafür berechtigt hielt. Präf.: Der Inhalt des Bettels muß doch von Ihnen als Auftrag angezeigt werden sein. Ang.: Nein. Präf.: Hat Lukaszewski Ihnen nicht gesagt, daß in Berlin ein Verein der polnischen Jugend bestehe? — Ang.: Davon ist mir nichts bekannt. Ich habe nicht gewußt, daß Lukaszewski in irgend einer politischen Verbindung gestanden hat. — Der Ang. erklärt demnächst, daß er wohl Kenntnis von dem Aufstande in Warschau gehabt, sich aber in keiner Weise politisch dabei beteiligt habe. Er sei früher noch nie in Berlin gewesen, und hätte deshalb unmöglich in einer ganz fremden Stadt als Agent fungieren können. Als Beugen werden hierauf vernommen: Die unverheilte Verbra. Schröder, bei welcher der Angeklagte Lukaszewski gewohnt hat. Dieselbe erklärt, daß sie von ihrem Dienstmädchen erfahren habe, daß der Ang. als er eintraf, sich als derjenige gerikt habe, der die Angelegenheiten des Lukaszewski zu ordnen habe. Mit ihr selbst habe der Angeklagte nicht gesprochen, da sie frank gewesen. Die Aussage des Dienstmädchen Henriette Bobig ist unsicher; es stellt sich dadurch heraus, daß der Angeklagte die Wohnung des Lukaszewski gar nicht bezogen, sondern sich nur während des Tages ein paar Stunden daselbst aufgehalten habe. Nach Beendigung der Verhandlung stellt der Vertheidiger v. Lieckie den Antrag, den Angeklagten sofort aus der Haft zu entlassen, da gegen denselben gar nichts vorliege. Für den Fall, daß die Anwesenheit des Angeklagten bis zum Schlusse der Verhandlung erforderlich sein sollte, würde ihm eine dahin gehende Verpflichtung aufzuerlegen sein, event. würde Caution gestellt werden. — Ob-St.-A. Adlung: Der Ang. Lukaszewski sei

fahrzeugen. Nach den hierorts von Bauer gehaltenen Vorträgen, welche in überzeugender Weise die technische Ausführbarkeit der „Küstenbrander“ dargethan, soll von Technikern eine dahin sich aussprechende Erklärung abgegeben und im Anschluß daran eine Versammlung berufen werden, welcher die Wahl eines Comit's für Sammlung von Geldmitteln zur Ausführung zunächst eines solchen Branders in Breslau und der Provinz Schlesien übertragen wird. Bereits haben mehrere Gewerbe-Vereine in der Provinz ihre Unterstützung zugesichert.

Kiel, 29. August. Bei der preußischen Flotte ist der Centre-Admiral Sachmann eingetroffen. Der Prinz Adalbert wird bei derselben erwartet.

Turkhaven, 28. August. Das Preuß. Kanonenboot „Bastard“ ist, mit 4 Boll-Cuttern im Schlepptau, diesen Morgen von hier seewärts gegangen.

England.

— In den Gegenen Unruhen will man einen fremden Finger entdeckt haben; dazu sehe mit dem Kaiser oder seinem Vetter in cordialem Einverständniß; französische Sympathien in Genua können den Einverleibungs-Gefüßen in Paris auf halbem Wege entgegen, und was dergleichen Speculationen mehr sind. Der „Globe“ hofft, daß all das Gerede von selbst wieder verstummen werde, aber er hofft in einem Tone, der schließen läßt, daß er selbst sich einigen Argwohnes nicht ganz entschlagen kann.

Frankreich.

— In den französischen Kriegshäfen herrschte in letzter Zeit große Thätigkeit, da Befehl eingelaufen war, die Vorbereitungen zur Heimfahrt der Truppen aus Mexiko so zu beschleunigen, daß sie schon im October die Rückfahrt nach Frankreich antreten könnten. In Folge dessen gingen in voriger Woche drei Transport-Dampfer in See, und zwei andere folgten gestern Abend von Brest, die drei letzteren treten in kurzen Zwischenräumen die Fahrt nach Martinique an, wo sie sich sammeln, um gemeinsam dann vor Vera-Cruz anzulegen und die Truppen an Bord zu nehmen.

Dänemark.

Copenhagen, 28. August. Der Finanzminister erklärte in der gestrigen Volksversammlung, daß Dänemark aus finanziellen Gründen die jüngst angegeschaffte Panzerkorvette an eine befreundete Regierung wieder verkauft habe.

— Die Marine stellte in diesen Tagen Versuche mit einer ihr angebotenen neuen Erfahrung an: Guttaverha anstatt Panzerplatten zur Bekleidung von Schiffen zu benutzen. Vorläufig hat man nur die Widerstandskraft gegen Flintenkugeln versucht, welche sich eben so groß wie die der Panzerplatten erwies; in den nächsten Tagen werden aber auf Amal Versuche angestellt mit Kanonen, welche mit 30pfündigen Kugeln und 1000 Pulver geladen werden.

Danzig, den 31. August.

* Die drei gemieteten, zu den Flottillen-Divisionen gehörigen Tender „Verein“, „Anclam“ und „Rügen“ sind aus dem Marinendienste entlassen und an die Rhedereien zurückgegeben worden.

— Die „N. A. B.“ schreibt offiziös: „Zur Berichtigung der über die Seepat-Ertheilung und Beurlaubung von Matrosen der K. Marine umlaufenden falschen Nachrichten wird bemerkt, daß bereits Anfangs des Monats August d. J. das Verbot der Seepat-Ertheilung an alle noch nicht zur Einstellung bei der K. Marine gelangten Mannschaften außer Wirklichkeit gesetzt ist, und daß S. M. der König, um den Interessen des Handelsstandes nach Möglichkeit zu entsprechen, durch Allerhöchste Ordre vom 11. d. M. bestimmt haben, daß für die Dauer des Waffenstillstandes Matrosen der Kriegs-Marine beurlaubt werden dürfen.“

* Der Capitain-Lieutenant Kinderling, Chef der 1. Flottille-Division, ist zum Commandanten der „Nymphe“ ernannt in Stelle des Corvetten-Capitain Werner, über dessen weitere Bestimmung noch nichts verlautet. Capitain-Lieutenant Berger wird, wie wir hören, Chef der 1. Flottille-Division.

□ Heute Mittag kam die neue Schoonerbark „Schulze-Delitzsch“, Cpt. H. Prehn, unter preußischer und deutscher Flagge von Neufahrwasser nach der Stadt auf, um hier die erste Ladung, bestehend aus Weizen, bestimmt nach Liverpool, einzunehmen. Dieses Schiff gehört zur Rhederei des Herrn H. W. Pries in Stralsund.

* [Stadtverordneten-Sitzung am 30. August.] Stellv. Vorsitzender Herr Comm.-Rath Bischoff; Vertreter des Magistrats die Herren: Oberbürgermeister v. Winter, Stadträthe Hahn und Olschewski. Im Buhörerraum befand sich u. a. auch Herr Polizeipräsident v. Clausniewitz. Nach Erledigung einiger Vorlagen von geringerem Interesse trat

compromittirt. Es müsse allerdings auffallend sein, daß der Angeklagte Sm. in die Wohnung des Lukasz. eingelassen worden sei. Dies scheine darauf hinzu deuten, daß diese Wohnung gewissermaßen ein Bureau gewesen sei. Der Angeklagte bestreitet, eine Vollmacht von L. erhalten zu haben, dennoch habe er einen für L. bestimmten Brief geöffnet. Außerdem habe man im Besitz des Smisniewicz eine bedeutende Summe Geldes gefunden, über welche er keine richtige Auskunft habe geben können. Das seien Umstände, die den Ang. allerdings verdächtig machen, allein es sei ein Punkt, den er vermisste. Die Vollmacht enthalte über den materiellen Auftrag nichts; man könne also nur annehmen, daß eine mündliche Vereinbarung stattgefunden. Da nun aber sonst keine Beweise dafür vorhanden seien, daß der Ang. die Stellung und politische Bedeutung des Lukasz. gelaunt habe, so sei die Schuld des Ang. zweifelhaft geworden und er würde unter diesen Umständen am Schlusse der Verhandlung nur den Antrag auf Nichtschuldig stellen können. Auch ohne den Antrag des Vertheidigers würde er im Interesse des Ang. den Antrag auf Entlassung desselben aus der Haft während der Dauer der Untersuchung gestellt haben, um seine Lage zu erleichtern. Er glaube, daß seine Anwesenheit hier selbst nicht unbedingt geboten sei. R.-A. Janecki stellt hierauf denselben Antrag in Betreff des Ang. Lukaszko. Er glaube, daß die geistige Verhandlung dargethan habe, daß dem Ang. nicht die Bedeutung beizuhue, welche die Anklage ihm beigelegt. Sowar seien Papiere von der Hand des Herrn R. gefunden worden; dies erkläre sich aus der Stellung desselben als Secretair des Grafen Dzialynski. Der Vertheidiger erbietet sich event. eine Caution für R. zu beschaffen. — Ob-St.-A. Abteilung: Er widerspreche dem Antrage.

Der Präf. verhindert Beschlüsse des Gerichtshofes: daß der Ang. Smisniewicz aus der Haft zu entlassen sei, mit der Verpflichtung, daß er dem Gerichtshof seinen jetzmaligen Wohnsitz anzeigen und zu jeder Zeit auf Erfordern sich wieder hier einfinde. Was die Anträge des R.-A. Janecki in Betreff des Ang. Lukaszko und den schriftlichen in Betreff des Ang. v. Kosinski anlange, so würden sie abgelehnt, dagegen zugelassen, daß, wenn, wie anzunehmen, der Ang. v. Kosinski frank sei und nach der Charits gedrängt zu werden wünsche, dies auf Vorlegung eines ärztlichen Attestes geschehen könne.

(Forts. folgt.)

die Versammlung in die Berathung des Hauptgegenstandes der Tagesordnung: die Straßenreinigungs-Angelegenheit. Der Vorsitzende schlägt vor, die Sache in einzelne Hauptpunkte zu zerlegen und danach die Debatte zu reguliren. Die geschäftliche Behandlung wäre danach folgende: Generaldebatte über die Frage: 1) ob das Fegen der Straßen, Reinigen der Trümmer und Canäle, Aufseisen der Straßen und die Abfuhr des Schnees, Eisens und Häuslerchens von der Commune übernommen werden, oder ob nur die Abfuhr des Schnees und die Reinigung der Trümmer laut Antrag des Krüger durch die Commune bewirkt werden soll? 2) Demnächst, ob diese Arbeit in Verbindung mit der Feuerwehr und Schugmannschaft, oder durch ein besonderes Arbeitercorps ausgeführt werden soll; ferner ob die Kosten hierzu von den Hausbesitzern nach einem Ortsstatut aufzubringen oder von der Kämmererklasse zu übernehmen sind. Der Referent Herr Dr. Lievin recapitulirt in kurzen Worten die bei den Berathungen des für die vorliegende Sache niedergesetzten Ausschusses zu Tage gekommenen Ansichten und Vorschläge. Die Majorität des Ausschusses habe mit 4 gegen 3 Stimmen sich für die Übernahme der gesammten Straßenreinigung durch die Communalverwaltung erklärt; da ersprichtliche Resultate nur dann erreicht werden könnten, wenn Straßenreinigung und Abfuhr in einer Hand liegen. Der Privatmann könne nicht zu jeder Stunde über seine Leute verfügen und könnte öfters in den Fall kommen, zwei bis drei Mal zu fegen, wenn Fußgänger und Wagen den Schericht wieder über die gefegte Straße verbreiten. Es müsse ein bestimmtes System in die Sache gebracht werden, wenn sie zugänglich sein sollte; das Letztere würde aber nur erreicht, wenn die Gesamtreinigung durch eine Hand bewirkt werde. Herr C. Steimius führt dagegen aus, außer den angeführten Bedingungen für eine gute Reinigung der Straßen sei ein Hauptfordernis die Herstellung eines guten Straßenpflasters. So lange dies nicht beschafft sei, so lange nur in den mittleren Theilen der Stadt ein dicht schließendes prismatisches Pflaster, in allen übrigen äußeren Stadttheilen nur ein schlechtes Rundsteinpflaster vorhanden, das bei jeder Erschütterung durch seine Zwischenräume den weichen Untergrund hindurchtreten lasse, der bei Negenwetter die Straße mit Roth überziehe und so lange ein Theil der Straßen (Niederstadt) gar nicht gepflastert sei, werde eine gute Reinigung der ganzen Stadt unmöglich sein, jedenfalls keinen Erfolg haben, der den aufgewendeten Kosten entspreche. Ferner seien für die Verbesserung der Gesundheitszustände der Stadt augenblicklich drei große Projekte in Betracht gezogen: das vorliegende der Straßenreinigung durch die Commune, die bessere Wasserversorgung der Stadt und die Kanalisirung der Stadt, um den Untergrund zu entwässern, die stinkenden Hauswasser und andere Flüssigkeiten zu entfernen und die Trümmer resp. Kinnsteine aus den Straßen zu beseitigen. Letztere beiden Projekte würden, durch Zeichnungen und Ansätze erläutert, der Versammlung im Laufe des September vorgelegt werden. Dann erst werde es möglich sein, daß man übersehen könne, ob unsere Mittel die Ausführung aller drei Projekte gestatten, oder ob eins oder das andere als weniger dringend erkannt, zurücktreten müsse. Eine Bewilligung der für das Fegen der Straßen erforderlichen 18,000 Thlr., ehe diese Prüfung erfolgt sei, könnte leicht für eine nothwendigere Reform verderbt sein. Die Annahme des Krüger'schen Antrages sichere aber die regelmäßige Abfuhr des Schnees und Reinigung der Trümmer durch die Commune, ohne künftigen Entschließungen in schädlicher Weise vorzugreifen. Herr Geheim-Rath Lievens bemerkt, daß das Budget in den letzten Jahren von 3 auf 500,000 Thlr. in die Höhe gegangen sei. Die Ansicht über die glänzende Situation der Finanzen sei keine richtige; man gebe auf einer abschüssigen Bahn. Das Defizit sei durch Überschüsse aus vorhergehenden Jahren gedeckt worden. Das Danzig eine reiche Stadt sei, wie man immer höre, beruhe auf Imagination. Während andere Städte die Communalsteuern in den letzten Jahren erhöht hätten, wären dieselben hier erhöht worden. Der Etat dieses Jahres wäre bereits schon bedeutend überschritten, die großen Ausgaben für Schulreorganisation, Wasserleitung, nötige Bauten u. dgl. ständen vor der Thür, die jährlichen directen Communalsteuern repräsentiren schon jetzt ein Capital von zwei Millionen Thalern, und es müsse daher auf die Frage, ob der Zeitpunkt gekommen sei, der Bürgerschaft eine neue Last von mehr als 20,000 Thlr. auferlegen zu können, mit einem entschiedenen Nein antworten. Gegen eine Wasserleitung würde Niemand etwas einzuwenden haben; das Meisten der Straßen könnten eine große Zahl Hausbesitzer durch ihre Dienstboten oder Lehrlinge besorgen lassen, wodurch ihnen gar keine Kosten entstehen; die Abfuhr müsse die Stadt selbst in die Hand nehmen. Er stimmt für den Krüger'schen Antrag. Herr Oberbürgermeister v. Winter erwidert, die von dem Herrn Vorredner geäußerten Klagen seien in diesem Saale schon öfter gehörig und seien nicht ganz frei von Vorwürfen gegen die Verwaltung. Man müsse aber, um sie zu begründen, nachzuweisen, wo eine Verschwendug der städtischen Mittel vorgekommen. Allerdings habe die Verwaltung schwer zu tragen an der Erschafst der früheren; es wäre besser gewesen, wenn die frühere Verwaltung sich zu dem Bewußtsein der Verpflichtungen der Commune erhoben hätte und die Zustände in Bezug auf Volksschulen, Straßen, Wasser und Bauten nicht hätte so sich gestalten lassen, daß jetzt große Opfer gebracht werden müßten, um die Bedürfnisse zu befriedigen. Es werde doch wohl Niemand mit Grunde dem Magistrat den Vorwurf machen können, daß er den Schweiß der Bürger zu unnützen Sachen vergeude. Als vor einigen Jahren Herr Stadtbaurath Licht sich dadurch ein Verdienst erworben hätte, daß er die Missstände klar gezeigt, habe die Mitglieder der Versammlung ein Grauen erfaßt über die Masse von Schmutz, die zu beseitigen nothwendig. Der Plan der dazu niedergesetzten Commission, die speciell die Straßenreinigung ins Auge fassen sollte, scheiterte an finanziellen Bedenken. Unterdessen sei das Grauen wieder geschwunden und endlich es wieder beim Alten geblieben. Der Magistrat habe nun wiederholt auf Reform gerungen und die finanzielle Seite in den Vordergrund gestellt. So sei das Project entstanden, die Schugmannschaft theilweise zu verwenden, wodurch eine Ersparnis von ca. 6000 Thlr. erzielt werden sollte. Es sollte durch ein Ortsstatut die Bürgerschaft tributär gemacht werden für die Straßenreinigung. 8 Thlr. als Maximalsatz pro Rute der Straßenfront ergebe eine lähmende Ausgabe für die Einzelnen, die er bei Selbstversorgung der Arbeit nicht billiger habe. Es sei anerkannt die erste Pflicht der Commune, für Reinlichkeit auf der Straße zu sorgen; die Uebelstände seien so groß, daß darüber nichts mehr zu reden. Man werde es aber nummermehr von den Eigentümern erlangen, daß sie die Straßen für Fußgänger so rein erhalten, wie es nothig sei. In den Stadttheilen, wo die Wohlhabenderen wohnten, sei allerdings Wandel geschehen; aber viel wichtiger sei die Reinigung und Abfuhr durch die Commune in den ärmeren Stadttheilen, wo die jetzigen Zustände oft ekeler-

gend seien. In Betreff des Krüger'schen Antrages bemerkt Herr v. Winter, daß er nach einer Rücksprache mit dem zufällig hier anwesenden Branddirektor Schönbeck aus Königsberg die volle Überzeugung gewonnen hätte, daß nur ein Erfolg zu hoffen sei, wenn Reinigung und Abfuhr in eine Hand lägen. Neduer kann nicht in Aussicht stellen, daß der Krüger'sche Antrag vom Magistrat acceptirt würde, wenn er aber darauf eingehet, so könne das nur in der Voraussetzung geschehen, daß es ein erster Schritt zur Verbesserung wäre, dem im nächsten Jahre der zweite Schritt folgen müsse. Kleinere Städte, wie z. B. Glogau etc., hätten bereits diese Verbesserungen eingeführt, und Danzig sei gewiß noch viel eher in der Lage, dies zu thun. Die Art Steuern zu capitalistiren, wie Herr Lievens es thue, sei neu und unzulässig. Was die Ansicht des Herrn Steimius betreffe, so bleibe die Straßenreinigung freilich immer mangelhaft, so lange die Be- und Entwässerungsverhältnisse nicht vollständig geregelt seien; er glaube auch, daß wenn die Wahl wäre, ob zuerst Wasserleitung oder Straßenreinigung, die Majorität für erstere sich entscheiden werde. Je ungünstiger aber die Umstände, desto größere Pflicht sei es, das wenigstens so rasch wie möglich zu erreichen, was zu erreichen sei. Herr Dr. Lievin erachtet die Versammlung, das vorliegende Project lieber ganz fallen zu lassen, als den Krüger'schen Antrag anzunehmen. Es hieße dies legtete dem Magistrat eine Last aufzubürden und der Gesamtheit nichts nützen. Die Abfuhr allein könne keinen Vortheil bieten. Er wolle nicht von bösem Willen oder Nachlässigkeit sprechen, sondern er berücksichtige nur die Uebelstände und störende Hindernisse. Die Straßenreinigung sei ein integrierender Theil zur Förderung des allgemeinen Wohlbefindens, wie die Versorgung mit Wasser; jeder, der für letztere sich interessire, müsse auch für erstere stimmen. Es sei keine Frage des Wollens, sondern eine absolute Nothwendigkeit, Wasserleitung und Straßenreinigung müßten in die Hände der Communalverwaltung gelegt werden. Die Mehrkosten von ca. 18,000 Thlr. könnten nicht in Betracht kommen gegen die Vortheile. Die Angelegenheit müsse vor Allem vom Gesichtspunkte der Gesundheitspflege betrachtet werden. Die Gesamtzahl der Häuser Danzigs betrage 4734, davon gehörten der Stadt 84, es verblieben also 4650, somit kämen durchschnittlich auf jedes Haus ungefähr 3 Thlr. 20 Gr.; diese Summe sei kaum nennenswert, so viel gäben viele in Folge der gesundheitsgefährlichen Zustände jährlich für Medizin aus. Auch der Vorwurf sei ungerechtigt, daß die ärmeren Bevölkerung hingegen bezahlt würde, die Mehrkosten würden auf den wohlhabenderen Theil übertragen. Was Dr. Geheimrath Lievens in Bezug auf den Bauplatz gesagt, sei unrichtig; der letztere werde de facto nicht erreicht; es könne nicht alles Projecte ausgeführt werden und es werde daher auch für den nächsten Etat ein Überschuss bleiben. Die Belastung der Kämmererklasse mit den Kosten der Straßenreinigung sei eine Ungerechtigkeit gegen die Vorstädte, da diese zu den Inhalten der Kämmererklasse mit beitragen, von den Vortheilen der städtischen Straßenreinigung aber ausgeschlossen blieben. Es falle ihm auch schwer, seinen Mitbürgern Geld abzuordnen, aber die Nothwendigkeit gelte es. Dr. F. W. Krüger erklärt sich ebenfalls gegen das Project der bloßen Abfuhr durch die Commune. Neue Lasten würden der Bürgerschaft nicht aufgelegt, die Selbstbefreiung erfordere die gleiche Ausgabe und oft noch mehr. Wenn man warten wolle, bis auch die übrigen mit der Straßenreinigung correspondirenden Projecte realisiert werden könnten, so würde es dann wohl heißen, so viel Geld besitzen wir überhaupt nicht, und Alles bliebe beim Alten. Unsere Vorfahren hätten Millionen für den Feind aufzubringen müssen und ausgebracht, und wir dürften uns daher nicht schämen, einige Tausend zum Wohle unserer Kinder aufzubringen. Herr J. C. Krüger bemerkt, daß der Gelpunkt für die Versammlung eben das Wichtigste bei der Sache sei; wenn es nichts kostete, würde die Frage überhaupt gar nicht an sie herantreten. Das Beispiel des Vorredners in Bezug auf die für den Feind verausgabten Gelder sei für die vorliegende Sache nicht passend. Zur Deckung jener Schulden sei der Zuschlag auf die Mahl- und Schlachtsteuer gewährt worden, was eine außernliche Summe gegeben habe; die Schulden seien nunmehr getilgt und man wolle jetzt diese demoralisirende Steuer ganz abschaffen; wo aber die Deckung des Ausfalls der ein Fünftel des städtischen Einkommens betragenden Summe verloren gehen solle, wisse man heute noch nicht. In Bezug auf seinen Antrag bemerkt er, daß es eine Pflicht des Magistrats sei, die Abfuhr zu besorgen, weil die Bürger bereit dafür bezahlen müßten. Die Reinigung könnten sieben Achtel der Bevölkerung selbst ohne besondere Kosten besorgen, würden also durch das Magistratsprojekt schwer betroffen. Allerdings seien die Uebelstände hier groß, aber in Berlin habe er jüngst die Erfahrung gemacht, daß trotz aller kostspieligen Maßregeln die Sache nicht viel besser geworden sei und auch hier werde Seitens des Magistrats keine Garantie gebothen, daß es durch Annahme seines Projects besser werde. Herr Lievens erinnert an einen früheren Ausspruch des Herrn von Winter bei Gelegenheit der Berathung über die Schulreorganisation; es seien beherzigenswerthe Worte gewesen. Die Commune müsse immer erst sehen, wie viel sie disponibel habe und dann ihre Leistungen danach einrichten. Herr Biber constatirt, daß von seiner Seite besritten werde, die jetzigen Zustände seien schlecht und müßten verbessert werden. Das Krüger'sche Project sei aber keine Verbesserung, sondern belaste nur unnötigerweise die Communalverwaltung. Man brauche nicht so ängstlich zu sein, die Bürger zu dieser Leistungspflicht heranzuziehen; die Abfuhr des Schnees und Eisens kosten allein jeden Tag eben so viel. Es sei eine Revision nach Ablauf eines oder zweier Jahre vorbehalten, bei der ich herausstellen werde, ob eine Erhöhung nötig oder ein Nachlaß der Steuer stattfinden könne. Er glaube bestimmt, daß die Kosten sich geringer gestalten würden, als veranschlagt worden. Die regelmäßige Reinigung vermindere die Kosten, darüber könne kein Zweifel herrschen. Die Bewertung des Herrn Lievens sei nicht zutreffend, so weit sie auf die Commune angewendet werde. Die Commune habe sich darüber klarheit zu verschaffen, was nötig zu ihrem Gedeihen sei, und das müsse aufgebracht werden. Herr Dr. Lievin bestreitet, daß, wie Herr J. C. Krüger meine, die Versammlung zur Bewilligung der Kosten nicht berechtigt sei, weil nicht nachgewiesen, daß die Uebelstände beseitigt würden. Durch Annahme des Antrages desselben würden vorausichtlich die sämmtlichen Einrichtungskosten weggeworfen, da es unmöglich für den Magistrat, Ordnung hineinzubringen mit solchen unzureichenden Mitteln. Er hofft, daß der Magistrat das Krüger'sche Project verworfen werde. Herr J. C. Krüger hofft, daß der Magistrat sich mit dem Polizeipräsidium ins Einvernehmen setzen werde; das letztere würde eine Verordnung erlassen, zu der und der Stunde wird da und da abgesahnen, die Bürger würden sich dann schon an Pünktlichkeit gewöhnen und Alles könne in Ordnung vor sich gehen. Richtige Controle und richtige Abfuhr hebe allenfallsige Schwierigkeiten bald. Herr Biber befürchtet, daß

durch die Controldbeamten zu Denunzianten, der Magistrat zum Oberdenunzienten gemacht werde. Die Bestimmungen beständen jetzt schon, und das Resultat sei dennoch bis jetzt ungünstig gewesen. Durch Annahme des Krüger'schen Projects würden greße Nebenkosten durch Anstellung von Hilfskräften entstehen, und alle Vortheile derselben würden sich schließlich auf Null reduzieren. Herr Oberbürgermeister von Winter: Vorläufig sei vorgeschlagen, für einen bestimmten Zeitraum (2 Jahre) die Naturalleistung der Hausbesitzer in eine Geldleistung zu verwandeln; erweise sich nach Ablauf der Frist das Project als unpractisch, dann könne jederzeit etwas Besseres an seine Stelle gesetzt werden. Er sei in Berlin Chef der Strafen-Polizei gewesen und wisse recht gut, daß die negative Kritik immer etwas zu tadeln habe. Der Bürger habe des Morgens nach genossenem Kaffee nichts Eiligeres zu thun, als einen Blick auf die Straße zu werfen, um zu kontrolliren, ob nicht ein häuscher Schmutz irgendwo liegen geblieben und wenn er derartiges entdecke, sei seine erste Beschäftigung die Aufertigung einer Beschwerde an die Polizeibehörde. Der Magistrat schwebe keine Arbeit und sei nur gegen das Project der bloßen Absfuhr, weil daraus nichts Gutes kommen könne. Herr Dr. Lévin resumirt nochmals die für und wider das vorliegende Project vorgebrachten Gründe; die Abstimmung ergibt alsdann folgendes Resultat: Die Frage, ob das Gegegn der Straßen, das Reinigen der Trümmer und Canäle, das Ausseihen der Straßen und die Absfuhr des Schnees, Eises und des Hauskehrs von der Commune übernommen werden soll; — wird mit 16 gegen 19 Stimmen verneint; der Krüger'sche Antrag, dahin lautend: "Die Stadtverordneten-Versammlung stellt dem Magistrat die Mittel zur Disposition, welche erforderlich sind, um die Absfuhr des Kehrs von der Straßen und das Reinigen der Trümmer durch die Verwaltung selbstständig bewirken zu lassen; sie bewilligt zu diesem Zwecke die Einrichtungskosten von ca. 7000 R. und genehmigt den Etat mit 9000 R.; — wird mit 24 gegen 11 Stimmen angenommen. Herr Ober-Bürgermeister v. Winter stellt hierauf das Ersuchen, die Versammlung möge von der Weiterberathung der Vorlage Abstand nehmen, da der Magistrat vorerst Beschluss fassen müsse, ob er dem eben gefassten Beschluss beitreten könne.

*** [Victoria-Theater.] Bei dem gestrigen Benefiz für Fr. Harwardt kam zuerst "Hans Jürge" von Holtei zur Aufführung. Der Held ist ein älterer Bruder der Birch-Pfeifer'schen "Grille", ein Mensch, der mit der abschreckendsten Höflichkeit und Wildheit den höchsten Edelmuth verbündet. Ist schon die Wahl eines solchen Charakters eine dramatische Verirrung, so ist noch insbesondere der unbefriedigende Schluss des Stückes ganz verfehlt. Uebrigens hat Holtei immer und so auch hier mit Bühnenkenntniß gearbeitet, und so bietet denn auch die Hauptrolle — ebenso wie bei der Grille — dem Darsteller reiche Gelegenheit, seine Virtuosität zu zeigen. Herr Gerstel zeigte denn auch eine fleißige und recht wirkungsvolle Studie des Charakters, die auch lebhaft anerkannt wurde. Von den übrigen Rollen ist nur die der Anne noch von einiger Bedeutung, welche von Fr. M. Le Seur ganz hübsch durchgeführt wurde. — Der Schwank "Die Hasen auf der Hasenhaide" fand entsprechenden Beifall. — Die neue Wehrauch'sche Posse: "Weibliche Seelen" gehört dem Stoffe nach durchaus in die Region des Blödsinns. Damen in Männertracht, reisende Engländer mit dem unvermeidlichen Spleen und Couplers sind die Gewürze dieses Wagons, das übrigens vom Publikum nicht ungünstig aufgenommen wurde, was besonders den Bewohnerungen der Damen Harwardt und Moitmayr und der Hrn. Schmeichel und Hesse zu danken war.

Nächsten Freitag findet das Benefiz unserer talentvollen und beliebten ersten Liebhaberin, Fr. Bartsch, statt. Sie wird um so mehr auf die Theilnahme des Publikums zu rechnen haben, als sie vier kleine, hübsche Stücke dazu ausgewählt: "Die beiden Helden", "Ein moderner Barbar" (beide in dieser Saison mit Erfolg gegeben), "Monsieur Hercules" und endlich "Dir wie mir" oder "Geben Sie dem Herrn ein Glas Wasser."

— (Kreuztg.) Dem Vernehmen nach ist dem Landrat des Kreises Czernowitz, v. Knoblock, die nachgesuchte Dienstentlassung bewilligt und der Landrat v. Young, bisher in Strassburg, zu seinem Nachfolger im Amte ernannt worden.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 31. August 1864. Aufgegeben 2 Uhr 9 Min.

Angelommen in Danzig 3 Uhr 45 Min.

		2 ^o - 1. Gr.
Roggen niedriger,	Breub. Rentenbr.	97 $\frac{1}{2}$ 97 $\frac{1}{2}$
loco	35 $\frac{1}{2}$ Westor. Psdbr.	85 $\frac{1}{2}$ 85
August-Sept.	34 $\frac{1}{2}$ 34 $\frac{1}{2}$ do. do. —	96 $\frac{1}{2}$
Sept.-Okt.	34 $\frac{1}{2}$ 34 $\frac{1}{2}$ Danziger Privatbr.	104 $\frac{1}{2}$ —
Spiritus August	13 $\frac{1}{2}$ 14 Distr. Pfandbriefe	85 $\frac{1}{2}$ 85 $\frac{1}{2}$
Rüböl do.	12 $\frac{1}{2}$ 12 $\frac{1}{2}$ Destr. Credit-Aktionen	83 $\frac{1}{2}$ 83 $\frac{1}{2}$
Staatschuldcheine	90 $\frac{1}{2}$ 90 $\frac{1}{2}$ Nationale	70 $\frac{1}{2}$ 70 $\frac{1}{2}$
4 $\frac{1}{2}$ 59er. Anleihe	102 $\frac{1}{2}$ 102 Russ. Banknoten	81 $\frac{1}{2}$ 80 $\frac{1}{2}$
5 $\frac{1}{2}$ 59er. Pr.-Anl.	106 $\frac{1}{2}$ 106 $\frac{1}{2}$ Wechsel. London	— 6.21 $\frac{1}{2}$
Fondsbörse: Liquidation.		

Hamburg, 30. Aug. Getreidemarkt. Weizen unverändert. Roggen $\frac{1}{2}$ August ab Wemel 53 bezahlt, preußischer ab Osseebäsen Frühjahr zu 59—60 angeboten. Del October 26 $\frac{1}{2}$ —26 $\frac{1}{2}$, Mai 27 $\frac{1}{2}$ —27 $\frac{1}{2}$. Kaffee mattere Stimmung.

London, 30. Aug. Türkische Consols 50%. — Wetter sehr schön. Höhe. — Consols 88 $\frac{1}{2}$. 1% Spanier 43 $\frac{1}{2}$.

Berliner Fondsbörse vom 30. August.

Eisenbahn-Aktionen.

		Dividende pro 1863.
Norden-Düsseldorf	Nord. Friedr.-Wilh.	3 $\frac{1}{2}$ 3 $\frac{1}{2}$
Oberholz Litt. A. u. C.	Litt. B.	3 $\frac{1}{2}$ 3 $\frac{1}{2}$
Dester.-Fitz.-Staatsb.	Opelns.-Larnowiz	3 $\frac{1}{2}$ 3 $\frac{1}{2}$
Amtsterdam-Roterd.	Rheinische	do. St. Prior.
Bergisch-Märk. A.	Rhein-Nahebahn.	6 $\frac{1}{2}$ 6 $\frac{1}{2}$
Berlin-Anhalt	Mtr.-Cref.-R.-Gladb.	13 $\frac{1}{2}$ 13 $\frac{1}{2}$
Berlin-Hamburg	Russ. Eisenbahnen	194 $\frac{1}{2}$ 194 $\frac{1}{2}$
Berlin-Potsd.-Dfgdb.	Stargard-Posen	140 $\frac{1}{2}$ 140 $\frac{1}{2}$
Berlin-Stettin	Destr. Südbahn	225 $\frac{1}{2}$ 225 $\frac{1}{2}$
Böh. Westbahn	Destr. Süd.	136 $\frac{1}{2}$ 136 $\frac{1}{2}$
Bresl.-Schw.-Freib.	15 $\frac{1}{2}$ 15 $\frac{1}{2}$	69 $\frac{1}{2}$ 69 $\frac{1}{2}$ u. G
Brieg-Reize	85 $\frac{1}{2}$ 85 $\frac{1}{2}$ B	4 $\frac{1}{2}$ 4 $\frac{1}{2}$
Cöln-Minden	195 $\frac{1}{2}$ 195 $\frac{1}{2}$	3 $\frac{1}{2}$ 3 $\frac{1}{2}$
Esel-Oderb. (Wilh.)	57 $\frac{1}{2}$ 57 $\frac{1}{2}$ B	3 $\frac{1}{2}$ 3 $\frac{1}{2}$
do. Stamm-Pr.	— —	5 5
do. do.	— —	5 5
Ludwigsb. Verba	150 $\frac{1}{2}$ B	4 4
Magdeburg-Halberstadt	324 $\frac{1}{2}$ B	22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$
Magdeburg-Leipzig	252 $\frac{1}{2}$ G	17 4
Magdeburg-Wittenb.	71 $\frac{1}{2}$ B u. B	3 3
Mainz-Ludwigshafen	124 $\frac{1}{2}$ B	7 4
Medlenburger	80 $\frac{1}{2}$, 80 et $\frac{1}{2}$ -B	2 $\frac{1}{2}$ 4
Münster-Hammer	— —	4 4
Niederschl. Märk.	96 $\frac{1}{2}$ B	4 4
Niederschl. Zweigbahn	72 $\frac{1}{2}$ B	2 $\frac{1}{2}$ 4

Dividende pro 1863.

Nord. Friedr.-Wilh.

Oberholz Litt. A. u. C.

Litt. B.

Destr.-Fitz.-Staatsb.

Opelns.-Larnowiz

Rheinische

do. St. Prior.

Rhein-Nahebahn.

Mtr.-Cref.-R.-Gladb.

Russ. Eisenbahnen

Stargard-Posen

Destr. Südbahn

Destr. Süd.

15 $\frac{1}{2}$ 15 $\frac{1}{2}$

85 $\frac{1}{2}$ 85 $\frac{1}{2}$ B

195 $\frac{1}{2}$ 195 $\frac{1}{2}$

57 $\frac{1}{2}$ 57 $\frac{1}{2}$ B

3 $\frac{1}{2}$ 3 $\frac{1}{2}$

3 $\frac{1}{2}$ 3 $\frac{1}{2}$

5 5

4 4

22 $\frac{1}{2}$ 22 $\frac{1}{2}$

17 4

3 3

7 4

2 $\frac{1}{2}$ 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

4 4

Die heute vollzogene Verlobung meiner Tochter Mathilde mit Herrn Fritz Seifers-putowski junior zeige Freunden und Bekannten nach besonderer Melouna an.

[16160] M. Dittars, Wwe.

Danzig, den 30 August 1864.

Bekanntmachung.

Den in der Gewerbesteuer-Klasse Litt. A. II. befindeten Kaufleuten und Gewerbetreibenden machen wir hierdurch bekannt, daß wir zur Wahl der Abgeordneten zur Reichstagssitzung der von dieser Steuer-Klasse pro 1864 aufzubringenden Gewerbetreibenden einen Termin auf den 5. September c.

Mittags 12 Uhr,

in rothen Saale des Rathauses angesezt haben.

Wir fordern sämtliche Mitglieder der Steuer-Klasse A. II. hierdurch auf, in dem angeführten Termine pünktlich zu erscheinen, unter der Bedingung, daß gegen die Ausbleibenden angenommen werden wird, sie treten den Beschlüssen der Erwähnten bei und genehmigen die von diesen getroffene Wahl.

Gleichzeitig eröffnen wir den Beteiligten, daß die Erwähnten resp. die Stimmenden ohne Rücksicht auf ihre Zahl zum Wahlgeschäft werden zugelassen werden, daß aber, wenn Niemand erscheint oder Niemand seine Stimme abgibt, die Wahl durch den Magistrat erfolgen wird.

[15.34] Wer nicht pünktlich zur festgesetzten Stunde erscheint, kann, wenn bei seinem Eintritt in das Tzerninstol das Wahlgeschäft bereits begonnen hat, zur Wahl nicht mehr zugelassen werden.

Danzig, den 22 August 1864.

Der Magistrat.

Auction mit Mahagoni-Holz,

Steindamm, Feldweg No. 5,
Montag, den 5. September 1864,

Nachmittags 4 Uhr,

91 Blöcke,

enthaltend ca. 2400 Kubikfuß, schöne Qualität,
darunter Pyramiden.

[5292] Rottenburg. Millien.

In unserem Verlage erscheint und ist
in allen Buchhandlungen zu
haben:

Adalbert von Chamisso's Werke.

Fünfzehn vermehrte u. berichtigte Auflage.
Neue elegante Octav-Ausgabe

in 6 Bänden.

Preis 3 Thlr. Die Ausgabe erscheint in 12 Hals-
bänden à 7½ Kr., von denen monatlich
2 ausgegeben werden.

Berlin. Wedmann'sche Buchhandlung.

In Danzig vorrätig bei
Constantin Ziemssen,
Langasse 55. [6163]

photographien des
„jüngsten Gerichts“, nach dem
Original in der St. Marienkirche, ange-
fertigt von Busse, nebst Beschreibung
des Gemäldes von A. Hinz, sind fort-
während vorrätig und zu haben. Hundegasse 5
und Körnermacherstraße 4.

[13900] Preuß. 3½ % Prämien-
Anleihe

von 1855.

Versicherungen gegen die am 15. September
dieses Jahres stattfindende Auslösung über-
nehmen wir, wie in früheren Jahren, für eine
mäßige Prämie.

[2756] Berlin, den 1. Juni 1864.

Hennig & Koenig,
Bank- und Wechsel-Geschäft,
Markgrafenstraße No. 44.

Feine Herbst- und Wintermützen
für Herren, Ledermuschetten für
Herren und Damen, einfach und garniert,
Damenmäntelchen à Paar 1 Kr., Her-
renstiefel à Paar 3 Kr., Hausschuhe
à Paar 10 Kr., Kluiderlackstiefel à
Paar 15 Kr., wollene Herrenröcke à
Stück 2 Kr. 5 Kr., Winterschuhe in
Berg, gefüttert mit Luch und Filz, keine
leichten Filzgamaschen mit Ledersohlen,
à Paar 1½ Kr., empfohlen
Vertell & Hundius, Langasse 72.

Feinstes entöltes Cacao-
pulver, dessen Genuss vorzüglich ge-
fund und magenstärkend ist
und daher von allen Arzten angerathen wird,
empföhlt [6141] die Droguen-, Farben- u. Colonial-
waren-Geschäft von
Carl Marzahn,
Langasse 18.

Metachromatypie,
Malereien auf Holz Glas, Porcellan,
Leier u. für Kind und Erwachsene, in
Cartons à 12, 20, 30 und 40 Kr., so
wie einzelne Bilder, empfohlen [6167];
Vertell & Hundius, Langasse 72.

Englische Einmachekrüzen mit wund-
scheinenden patentdeckeln empföhlt engros
und en detail [2174].

Hugo Scheller.

Danzig, Gerbergasse 7.

[2174]

Danzig, Gerbergasse 7.